

GELEITWORT

|| Susanne Luther

Liebe Leserinnen und Leser,

die Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zeigt die föderale Struktur unseres Staates auf:

„Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet.“

Eine Vielzahl an Artikeln im Grundgesetz regelt den föderalen Charakter Deutschlands und die Beziehung zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen. Die Väter des Grundgesetzes hatten nicht nur die Tradition föderaler Strukturen und Ideen im Blick. Sie waren sich auch der Gefahren einer Diktatur, die sämtliche Macht konzentrierte und die Welt in die Katastrophe riss, bewusst.

Heute blickt Deutschland auf mehr als 70 Jahre Frieden zurück. Der Föderalismus hat hieran sicherlich einen großen Anteil. Gleichwohl befindet er sich in einem permanenten Diskussions- und Reformprozess. Ob durch die großen Föderalismusreformen 2006 und 2009 zur klareren Kompetenzverteilung, die politischen Auseinandersetzungen über eine Reform des Länderfinanzausgleiches oder gar eine Neuformierung der Länder – Föderalismus ist kein statisches Konstrukt, sondern ein lebender Organismus, der immer wieder Veränderungen und Anpassungen ausgesetzt ist.

Als politische Stiftung, die ihre Wurzeln in Bayern hat, schätzen wir den Föderalismus als unabdingbares Element der Bundesrepublik Deutschland. Dieses Fundament treibt uns an, Föderalismus weltweit zu fördern. Blaupausen und einfache Rezepte gibt es dabei

nicht. Die Einbettung in den jeweiligen kulturellen, geschichtlichen, politischen und gesellschaftlichen Rahmen ist Voraussetzung für erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit. Dabei sind föderale Grundelemente durchaus oft in den Verfassungen der Staaten niedergeschrieben. Nur werden sie nicht immer in die Praxis umgesetzt. Besitzstandswahrung und die Angst vor der Abgabe von Entscheidungsmacht und Kompetenzen sind allgegenwärtig.

Ein passendes Titelbild für dieses manchmal doch sehr abstrakte Thema zu finden, war nicht leicht. Und doch symbolisiert das Bild eines Baumes mit seinen Verzweigungen und den Blättern genau das, was Föderalismus charakterisiert: Einheit nach Außen und Vielfalt nach Innen. So wie der Baum nur als Ganzes funktionieren kann, kann auch ein Staat nur dann als Einheit reifen, wenn er die kulturellen oder geschichtlichen Unterschiede nicht negiert. Der Baum ist ein Beispiel für eine Arbeitsteilung, wie wir sie auch im Föderalismus antreffen. Dass wir keine bunten Blätter sehen, sondern Hände, ist kein Zufall. Sind es doch die Menschen mit all ihrer Vielfalt, die den Föderalismus zum Leben erwecken und ihn aufrechterhalten. So wie der Baum wächst und sich verändert, so steht auch die Entwicklung des Föderalismus nie still. Das ständige Konkurrieren zwischen Föderalisten und Befürwortern eines Zentralstaates wirkt als Antriebskraft.

Dabei überwiegen die Chancen des Föderalismus dessen negative Seiten bei weitem. Für ethnisch, religiös und kulturell vielfältige Länder kann der Föderalismus ein Mittel zur Vermittlung oder Beilegung von Konflikten oder Autonomiebestrebungen sein. Politische Stabilität ist vereint mit regionalen und loka-

len Interessen und Identitäten. Selbstbestimmung von Regionen steht nicht für die Aufgabe staatlicher Souveränität, sondern als Ankerpunkt derselben.

Ganz bewusst haben wir den Artikel von Prof. Roland Sturm zum Thema „Föderalismus und Entwicklung“ an den Anfang gestellt. Genau dieser Zusammenhang treibt uns als Engagierte in der Entwicklungszusammenarbeit um. Hier stehen wir vor der Herausforderung für jedes einzelne Problem ganz eigene Lösungsansätze zu finden. Das Aufgabenfeld der Entwicklungszusammenarbeit ist dabei klar: Projekte zu fördern, „die das Zentrum und die Peripherie argumentativ beieinander halten bei gleichzeitiger Stärkung regionaler und lokaler Autonomie.“

Mit den Artikeln unserer Auslandsmitarbeiter beleuchten wir die Situation in ausgewählten Ländern. So geht Indien, die größte Föderation der Erde, neue Wege, indem die Bundesstaaten mehr Geld, aber auch mehr Einfluss in Außen- und der externen Wirtschaftspolitik zugestanden wird.

Ganz anders liegt der Fall beim Nachbarn Pakistan. Unser Auslandsmitarbeiter ergründet hier die Frage, wie ein externer Akteur, in diesem Fall China, Einfluss auf die föderalen Strukturen Pakistans haben kann. Der *China-Pakistan Economic Corridor* bestimmt die Debatte in der pakistanischen Innenpolitik. Wo verläuft die Strecke? Welche Provinz kann am meisten von diesem gigantischen Investitionsprojekt profitieren?

Die Geschichte der Dezentralisierung in Indonesien ist noch jung. Nach der Diktatur unter Suharto beschritt das Land mit den Reformen unter Präsident Habibie einen „dritten Weg“, zwischen Föderalismus und Zentralstaat. Mit heute mehr als 500 autonomen Regionen steht der indonesische Staat nicht nur vor einer administrativen Herausforderung. Er muss auch eine Antwort auf die Frage einer indonesischen Identität finden, ohne den einzelnen Regionen den größtmöglichen Spielraum für regionale und politische Entwicklung zu nehmen.

Der Artikel über Myanmar nimmt Sie mit in ein Land, welches fast 50 Jahre unter einer Militärdiktatur gelitten hat. Die langsame Öffnung vor einigen Jahren und die erfolgreich durchgeführten Wahlen im November 2015 lassen hoffen. Dem Föderalismus steht jedoch noch ein weiter Weg bevor: Lesen Sie über die Schwierigkeiten einer notwendigen Verfassungsänderung und einer ethnisch zersplitterten Gesellschaft, über die mangelnde Willensbildung auf regionaler Ebene, die zahnlose „Länderkammer“ und die fehlende Steuerhoheit auf subnationaler Ebene.

Auf dem afrikanischen Kontinent stehen Äthiopien und Kenia für ganz unterschiedliche Entwicklungen. Während Äthiopien ein ethno-föderalistisches System adaptiert hat, versucht Kenia mit der Verabschiedung der neuen Verfassung das Prinzip der „Devolution“ umzusetzen, um die Regionen zu stärken.

Abschließend untersuchen wir den Föderalismus in Argentinien. Trotz Verfassungsgarantie oft vernachlässigt, mehren sich nun die Hoffnungen nach der Machtübernahme durch Präsident Mauricio Macri. Unseren Fragen stellte sich der argentinische Föderalismusexperte Pablo María Garat, der die Probleme offen anspricht.

Ob in Argentinien, Indien oder Deutschland: Föderalismus als politisches Instrument ist kein Selbstzweck und nicht selbstverständlich. Die Möglichkeit eigenständiger Politik auf regionaler Ebene ist unerlässlich für eine funktionierende Demokratie, die lebt und beständig bleibt.

In diesem Sinne möchte ich Ihnen eine anregende Lektüre wünschen,



|| **Dr. Susanne Luther**

Leiterin Institut für Internationale Zusammenarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung